



Juli 2021

## Wir sind wieder auf der Straße ...



In den letzten Wochen hat die **BO Wilhelmsburg/Veddel** mal bei Hitze und mal mit Winterjacken knapp 100 Unterschriften gesammelt zur Unterstützung der Volksinitiativen gegen Rüstungsexporte. Ein Anfang, wir machen weiter, damit bis September die erforderlichen 10.000 Unterschriften zusammenkommen!

**Redaktionsschluss** für die August-Ausgabe:  
**Freitag, 30.07.2021**

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:  
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,  
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

### Inhalt:

Wahlkampf im Internet	S. 2
Onlinegespräch mit David Stoop	S. 2
Wahlkampfmaterialien	S. 3
Partizipation – ein großes Wort	S. 5
Rote Zelte in Billstedt	S. 7
Stopp A 26 Ost	S. 7
Polizeistaat Hamburg?	S. 8
Termine / Kontakt	S. 9

## Wahlkampf im Internet

In Zeiten von Corona ist es umso wichtiger, dass eine Partei im Internet speziell in den sogenannten sozialen Medien (Facebook, Twitter und Instagram) präsent ist.

Aus diesem Grunde wurde die sogenannte **LINKE Einhornfabrik** von der Partei ins Leben gerufen.



Zitat:

Bei den kommenden Bundestagswahlen geht es um viel. Und nur gemeinsam können wir Erfolg

haben. Gemeinsam können wir in den nächsten Monaten in den sozialen Netzwerken linke Inhalte stark machen, gemeinsam können wir Fake News bekämpfen und uns gegenseitig den Rücken stärken.

Wir nennen das die *LINKE Einhornfabrik*. Eine gemeinsame Plattform, über die wir uns koordinieren, austauschen und auf wichtige Anlässe, Themen und Kämpfe fokussieren können. Pushen wir unsere Hashtags nach vorn und stehen unseren Spitzenkandidat:innen auf Social Media bei, wenn sie für unsere Positionen öffentlich in den Ring steigen. Als Beispiel soll hier die positive Kritik zu unserem Wahlprogramm dienen, die in den Printmedien SPIEGEL und Handelsblatt geäußert wurde. So etwas muss im Internet verbreitet werden.

Meldet Euch jetzt an, um dabei zu sein! Wir schicken Euch die Links zu den Gruppen und Verteilern, damit wir gemeinsam loslegen können.

<https://www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv/einhornfabrik/>

Wer Lust hat sollte sich daran beteiligen. In diesem Jahr wird es darauf ankommen möglichst viele Briefwählerstimmen zu bekommen.

Wolfgang Strauß

## Renten Kürzung wegen Coronakrise?

Das öffentliche Online-Gespräch der AG SeniorInnenpolitik hier im Bezirk mit **David Stoop** am 21. Juni fand in kleiner Kreis statt, aber es war sehr lebendig und hat allen Beteiligten auf jeden Fall etwas gebracht.

Das Thema Renten bzw. Generationengerechtigkeit wird ganz sicher ein Wahlkampfthema, denn nach wie vor gilt. Die Reichen wollen sich den Sozialstaat nicht mehr leisten und versuchen mit ihren Mitteln (Presse, Initiative „Neue soziale(???) Marktwirtschaft“, neoliberale Parteien) Keile zwischen die Jugend und die RentnerInnen zu treiben. Und natürlich die solidarische Finanzierung der Renten zugunsten der Versicherungs- und Finanzkonzerne abzuschaffen, wie es mit dem Riesenflop „Riesterrente“ ja bereits begonnen wurde.

Treten wir im Wahlkampf gemeinsam für eine paritätische und solidarische Rentenfinanzierung



ein und machen klar, dass die Reichen via Vermögenssteuern ihren Beitrag leisten müssen. Die Milliardäre in Deutschland sind am besten durch die Coronazeit gekommen!

▪

## Wahlkampfmaterialien

Um Briefwähler zu motivieren DIE LINKE zu wählen, gibt es in der Borgfelderstraße das folgende beidseitige A5 Flugblatt:



Bei dieser Bundestagswahl entscheidet sich: Wer zahlt die Kosten der Corona-Krise? Wirtschaft und Gesellschaft müssen umgebaut werden, um das Klima zu retten – auf wessen Rücken? Wessen Leben wird leichter, wer wird es schwerer haben?

DIE LINKE tritt an, damit sich niemand zwischen dem Arbeitsplatz und der Zukunft der eigenen Kinder und Enkel entscheiden muss. Wir wissen: Ein krisenfestes Gesundheitssystem, das alle gleich gut versorgt und Pflegekräften nicht unmenschliche Arbeitsbedingungen zumutet: Das geht.

Löhne, von denen alle leben können und niemand Angst vor Altersarmut haben muss: Das geht. Ein Sozialstaat, der alle sicher vor Armut schützt und gute Bildung, Kita-Plätze für alle, bezahlbare Wohnungen, kostenfreien Nahverkehr mit gutem Netz bereitstellt: Das geht. Wenn alle ihren gerechten Beitrag leisten. Die Superreichen sind in der Corona-Krise reicher geworden, während viele Beschäftigte mit Kurzarbeit kaum über die Runden gekommen sind.

**Es wird Zeit für bessere Politik. Es ist Zeit für soziale Gerechtigkeit. Jetzt.**

# 8 Gründe DIE LINKE zu wählen

**1. Kein Niedriglohn!** Wir setzen den Mindestlohn auf 13 Euro – darunter droht Armut. Die Löhne müssen steigen. Leiharbeit, Mini-Jobs und Befristungen ohne sachlichen Grund drücken die Löhne. Gute Arbeitsverträge mit dem Schutz durch Tarifverträge für alle!

**2. Pflegenotstand stoppen!** Wir legen gute Versorgung mit ausreichend Personal gesetzlich fest. Bessere Arbeitsbedingungen und 500 Euro mehr pro Monat: Das ist nur gerecht. Wer Menschen pflegt, verdient nicht weniger als diejenigen, die Geld verwalten oder mit Aktien handeln!

**3. Schluss mit der 2-Klassen-Medizin – gleich gute Versorgung für alle ohne Zuzahlungen und Eigenanteile!** Die Beiträge steigen nicht, weil alle, auch die Topverdienerinnen und Topverdiener, in eine Kasse einzahlen: In die LINKE solidarische Gesundheits- und Pflegevollversicherung.

**4. Wohnen bezahlbar machen!** Immer größere Teile des Einkommens werden von der Miete aufgeessen. Wir streiten für einen Mietestopp und feste Obergrenzen für die Mieten! Jedes Jahr schaffen wir 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen.

**5. Große Vermögen müssen endlich gerecht besteuert werden.** Dann ist genug Geld da für kleinere Schulklassen und gute Ausstattung, für mehr Personal und bessere Bezahlung in Erziehung, Pflege und im öffentlichen Nahverkehr. Mittlere und kleine

Einkommen entlasten wir, indem wir alle Einkommen bis 14.000 Euro steuerfrei machen.

**6. Klimagerecht für alle.** Wir machen den öffentlichen Nahverkehr für alle kostenfrei und bauen ihn aus. Das ist gut fürs Klima und gut für die Menschen!

**7. Niemand fällt unter 1.200 Euro im Monat!** In Rente, Kurzarbeitergeld oder Grundversicherung: Wer weniger als 1.200 Euro hat, ist von Armut bedroht. Die Renten müssen steigen. Das geht, wenn alle – auch Beamte und Abgeordnete – in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen.

**8. Frieden und eine demokratische Gesellschaft.** Wir wollen Waffenexporte verbieten, denn jede Waffe findet ihren Krieg. Wir streiten für eine Gesellschaft, die frei ist von Ausgrenzung und Ausbeutung. Mit gleichen Rechten für alle, die hier leben. Mit einem starken Sozialstaat und guten sozialen Dienstleistungen für alle.

DIE LINKE ist unabhängig. Wir nehmen keine Spenden von Unternehmen und wollen Lobbyismus in der Politik verbieten. Unsere Lobby sind die Menschen, die für soziale Gerechtigkeit streiten. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden kämpfen wir für eine andere Politik, für einen Regierungswechsel: Wir verändern das Land.

**Soziale Gerechtigkeit gibt es nur mit einer starken LINKEN. Jetzt!**



**Jetzt** schon eintragen und von der LINKEN rechtzeitig an die Briefwahl erinnert werden. Alles dazu unter [www.briefwahlwecker.de](http://www.briefwahlwecker.de)

ELLG, d.P. Jörg Schindler, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
10178 (030) 24 00 99 99, kontakt@die.linke.de, www.die.linke.de  
Franz Fexels, cubantoro, printweise / Mr. Nico Armatian Schimpf

**DIE LINKE.**

Es gibt noch ca. 2800 Exemplare in der Borgfelder Straße. Es empfiehlt sich diesen zusammen mit der neuen KLAR, von der es noch ca. 3000 Exemplare in der Borgfelder Straße gibt, in Steckaktionen zu verteilen.

Wolfgang Strauß

## Partizipation, ein großes Wort – und die Wirklichkeit im Bezirk Mitte?

Von Michael Joho, Referent bei Heike Sudmann, MdHB

Bürger:innenbeteiligung und Partizipation sind oft in den Mund genommene und neuerdings auch in den Wahlprogrammen auftauchende Worte. In dem gerade mal elfseitigen, also sehr knapp gehaltenen Vertrag der „Deutschlandkoalition“ (SPD, CDU und FDP) für den Bezirk Hamburg Mitte von Ende Oktober 2019 gibt es dazu allerdings nur eine kurze Passage:

Die Koalition will neue Akzente in der Bürgerbeteiligung setzen. Dazu prüft die Koalition, wie die Etablierung eines Jugendbeirats sinnvoll in die Arbeit der Bezirksversammlung und -verwaltung integriert werden kann. Gleichzeitig spricht sich die Koalition für die Vielfalt der bestehenden Bürgerbeteiligungsformate wie beispielsweise den Stadtteilbeiräten aus.

Von einem Jugendbeirat im Bezirk ist auch knapp zwei Jahre nach dem Koalitionsvertrag bisher nichts durchgedrungen, Spuren im Netz finden sich jedenfalls keine. Und wie sieht es mit anderen „neuen Akzenten“ und der „Vielfalt der bestehenden Beteiligungsformate“ und speziell den Stadtteilbeiräten aus? Schauen wir uns einige Beispiele an.

Vom 29. Juni datiert die Reaktion auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zum Stand des Elbdomes (einer großen, privaten Mehrzweckhalle) bzw. des Mobility-Hubs (einer dreigeschossigen Abstellmöglichkeit der Hochbahn für bis zu 200 Busse) an der S-Bahnstation Veddel/Ballinstadt (Bürgerschafts-Drucksache 22/5010). Vor allem geht es in der Anfrage darum, inwieweit die Menschen aus der Nachbarschaft in die Planungen einbezogen werden. Obwohl entsprechende Überlegungen seit 2019 wähen und im vergangenen Jahr eine „technische Machbarkeitsuntersuchung“ durchgeführt wurde, hat es bisher keinerlei Information für die von den enormen Veränderungen betroffene Wohnbevölkerung auf der Veddel gegeben. Ein Umstand, den der Stadtteilbeirat Veddel-Kleiner Grasbrook in seiner Sitzung am 23. März 2021 scharf kritisierte. Auf die Frage von Heike Sudmann, ob denn wenigstens seit diesem Datum die Bevölkerung über den Stand der Planung auch nur informiert worden sei, antwortete der Senat in gedrechselten Worten ein Vierteljahr später: „Die Komplexität der Vorhaben und die hohen Anforderungen an die städtebauliche Einfügung sowie die Erschließungsqualität erfordern sorgfältige Untersuchungen und einen entsprechenden Planungsstand,

der für eine adäquate Einbeziehung der Öffentlichkeit erforderlich ist... Sobald ausreichend qualifizierte Prüfungsergebnisse vorliegen, wird die Öffentlichkeit informiert.“ Soll heißen, solange nicht alles durchgeprüft und im Grunde abschließend geplant ist, wird es nicht einmal eine Information der unmittelbaren Anrainer:innen geben. Sollen die doch in den Zeitungen lesen, was die Behörden bisweilen an Brosamen fallen lassen. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass zwar ein technisches Machbarkeitsgutachten durchgeführt wurde und ein verkehrliches zurzeit in Arbeit ist, dass aber die Frage nach den Auswirkungen auf den Stadtteil und dem Nutzen für die Veddeler:innen selbstredend keine Untersuchung wert ist. Da können die Bürger:innen, da kann sich der Stadtteilbeirat noch so auf die Hinterbeine stellen. Informiert wird, wenn alles in trockenen Tüchern ist. Bürger:innenbeteiligung? Fehlanzeige!

Noch einen Schritt weiter geht der Bezirk Hamburg-Mitte gerade beim Stadtteilbeirat Wilhelmsburg. Im letzten „Bürger:innenbrief“ (<https://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2021/06/BB176vom16-6-21.pdf>) hat Hartmut Sauer, Aktivist im Verein „Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg“, über die unglaubliche Einmischung in dieses einzige, die gesamte Elbinsel erfassende Mitwirkungs-gremium berichtet. Der erste Schritt war die faktische Absetzung des unbotmäßigen Beiratsvorsitzenden Lutz Cassell durch den „deutschlandpolitisch“ zusammengesetzten Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel. Der zweite Schritt ging damit einher, dass eben dieser Ausschuss neuerdings bestimmen will, wer überhaupt für den Beirat kandidieren darf. Und der dritte Schritt zielte darauf ab, den Stadtteilbeirat bezirklichen Gepflogenheiten (Rechten und Pflichten) anzupassen oder besser wohl zu unterwerfen. Selbständige Stellungnahmen? Kommen nicht mehr in die Tüte. Grundsätzliche Öffentlichkeit der Sitzungen? Wurde zuletzt am 27. März vom Regionalbeauftragten Rudolph untersagt. Und zu allem Überfluss mischte sich auch noch Bezirksamtsleiter Falko Droßmann in die Debatte ein und bezog Stellung gegen den Beirat. Ganz wie im Falle des Stadtteilbeirats St. Georg, wo der Konflikt nach dessen heftigen Unterstellungen vorerst auf Eis gelegt ist. Die „Vielfalt der bestehenden Bürgerbeteiligungsformate“ zu bejubeln, aber massiv gegen allzu forsche Beiratsmitglieder und aktive Stadtteilbei-

ratsgremien vorzugehen, das ist das eigentliche Credo der Deutschlandkoalition, so sieht's inzwischen leider aus!

Was bedürfte es für den Bezirk Hamburg-Mitte? Genau wie in Hamburg einer wirklichen, ernst gemeinten und ebenso ernsthaft unterstützten Bürger:innenbeteiligung auf breiter Front! Was nützen uns „Stadtwerkstätten“ und die dort gehaltenen Vorträge von Großkopferten, wenn wir nicht vor allem Debatten und Beteiligung in allen das Quartier betreffenden Fragen an der Basis haben, wenn vor Ort nicht ergebnisoffen diskutiert wird?! Und das heißt, dass auch anderes herauskommen kann als das, was die Bezirksverwaltung vorlegt oder wünscht. Typisch dagegen sind mittlerweile „Beteiligungsverfahren“, in denen für viel Geld irgendwelche Institute eingekauft werden, die dann die Bürger:innen ermuntern, dutzende, gerne hunderte von Vorschlägen zu machen. Doch letztlich werden es nur fünf oder zehn Maßnahmen, und die sucht dann der Bezirk oder bisweilen auch der Senat aus. Ein Beispiel: Bei der Erarbeitung eines Fußverkehrskonzepts für St. Georg – dem zweiten nach dem abgeschlossenen Projekt für die Neustadt – sind die vielen Beteiligten aufgefordert worden, Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge zu benennen. Soweit, so gut, ließe sich denken. Viele, sehr viele Ideen wurden geäußert. Doch womit wurden die engagierten Bürger:innen bei einem neuerlichen „Dialogforum“ am 27. Mai konfrontiert? Mit dem Plan, aus der Kirchenallee und den zum Hansaplatz führenden Straßen Bremer Reihe und Ellmenreichstraße eine „Flaniermeile“ zu machen. Ausgerechnet! Aufschickung und Verdrängung, ick hör dir trapsen! Von Bewohner:innen ist dieser Vorschlag ganz bestimmt nicht gemacht worden, warum steht er plötzlich ganz oben auf der Liste der angedachten Maßnahmen?

Was wir in ganz Hamburg brauchen, gerade im besonders konservativen Bezirk Hamburg-Mitte mit seinen an der Spitze aufeinander folgenden Offizieren aus der SPD und einer Koalition mit der CDU und der FDP, das ist eine nachhaltige Stärkung der Partizipation im Allgemeinen und der Stadtteilbeiräte im Besonderen. Mehr Geld muss her, endlich der vom Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte seit etlichen Jahren geforderte feste Beiräteposten im Hamburger Haushalt und eine Absicherung im Bezirksverwaltungsgesetz. Und darüber hinaus wäre in einer Metropole wie Hamburg, in der die Bürger:innen vor Ort deutlich weniger Rechte haben als in jeder Kleinstadt oder Kommune in den Flächenländern, ein allgemeines Beteiligungsgesetz angesagt. Ein Gesetz, in dem die Beteiligung der Menschen vor Ort, in den

Einrichtungen, als Mieter:innenbeiräte, Kinder- und Jugendbeiräte usw. auf allen Ebenen eintragbar festgeschrieben werden. Kurzfristig wäre es schon mal zu begrüßen, wenn der Bezirk Hamburg-Mitte – gerne auf der ersten Bezirksversammlung nach der Sommerpause – einen Aufruf unterstützt, den fünf Initiativen aus St. Pauli (St. Pauli CODE jetzt!, Viva la Bernie, Knallt am Dollsten, Schiller-Oper und Sternbrücke) am 10. Juni veröffentlicht haben (s. den vollständigen Text im „Bürger:innenbrief“ vom 16. Juni, Link in der Anmerkung 1). Wir nehmen hier nur mal den ersten Abschnitt von insgesamt sieben Forderungspaketen auf.

### **1. Jede Planung mit den Bewohner:innen beginnen**

Ob es das „Paulihaus“-Projekt am Neuen Pferdemarkt ist, die Sanierung der Sternbrücke oder die Neubebauung des Holstenareals: Die Bewohner:innen wurden, wieder einmal, übergangen. Stattdessen knallt man ihnen oft überdimensionierte Bauentwürfe vor die Füße, die angeblich alternativlos sind. Die passen aber nicht zu den Bedürfnissen der Menschen in den Quartieren, sondern höchstens zu Vorstellungen von Stadt und Investoren:innen, die aus der Zeit gefallen sind. Wir wiederholen es gerne: Die Bewohner:innen sind die Expert:innen vor Ort. Wer hier eingreift und für die Zukunft etwas ändern möchte, holt ihren Rat, ihre Erfahrungen und ihre Expertise ein, bevor ein:e Investor:in eingeschaltet wird. So geht wahrhaft demokratische Stadtentwicklung. Die PlanBude hat bewiesen, dass dies möglich ist.

Dem ist vielleicht noch hinzuzufügen, dass gerade DIE LINKE alle Möglichkeiten hätte, im Verbund mit den Initiativen für eine neue, nachhaltige Kultur der Bürger:innenbeteiligung aktiv zu werden. Von der CDU und der FDP ist in dieser Hinsicht sowieso nichts zu erwarten, die GRÜNEN in der Bürgerschaft haben sich längst mit den bestehenden Verhältnissen und den „bestehenden Beteiligungsformaten“ arrangiert und ihre einstmaligen innovativen Impulse weitgehend hinter sich gelassen. Und die tonangebende SPD, allemal im Bezirk Mitte? Möchte weiterhin ihren Striemel durchziehen. Kürzt schon mal die Beiratsgelder, wettert gegen unliebsame Beiräte und missachtet die Kritik aus den Quartieren, sowieso, wenn es um größere Projekte geht. Bürger:innenbeteiligung im 21. Jahrhundert sieht anders aus. Nutzen wir die Herausforderungen und die Chancen!

## **PM: Ist das die Zukunft des Wohnungsmarktes? Mit roten Zelten in Billstedt gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung**

Bei schönstem Wetter und leichten Windböen fand am Samstag, den 5.6. in Billstedt (Bezirk Mitte), unsere zweite „Rote Zelte gegen Mietenwahnsinn“-Kundgebung statt. Heiße Rhythmen und Soulstimmen sorgten für gute Stimmung trotz des ernstesten Themas.

**Mehmet Yildiz** (MdHB, Fraktion DIE LINKE) moderierte und berichtete über die Verschärfung der sozialen Lage für die Menschen in Billstedt seit Beginn der Pandemie.

Unsere Abgeordnete im Bundestag, **Zaklin Nastic** (MdB, Fraktion DIE LINKE), machte deutlich, dass Wohnen ein Menschenrecht ist - überall auf der Welt

und **Angelika Traversin** (MdBV Hamburg-Nord, Fraktion DIE LINKE) verband in ihrem Redebeitrag den im Laufe der letzten Jahre immensen Verlust an gefördertem Wohnraum („Sozialwohnungen“) in Hamburg mit der unwirksamen, sogenannten „Mietpreisbremse“ und mit dem im sozialen Bereich um Millionenbeträge verringerten, kürzlich von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossenen Haushalt.

**Angelika Traversin** stellt fest: »Es war ausgesprochen erfreulich, wie viele Passant\*innen unsere Aktion spontan guthießen.«

»In Billstedt ist die Wohnungsnot besonders krass. Ich freue mich, dass wir den Billstedter\*innen mit dieser Aktion zeigen konnten, dass wir an ihrer Seite stehen« kommentiert **Mehmet Yildiz**.

**Zaklin Nastic** fordert: »Im gemeinnützigen Wohnungsbau ist ein Neustart notwendig. Nur mit kommunalem, gemeinnützigem Wohnungsbau können wir die renditegetriebene Immobilienspekulation stoppen und bezahlbaren Wohnraum für Normalverdiener\*innen schaffen.«

Unsere Aktion erreichte viele Menschen am Billstedter Markt und nebenbei konnten auch noch diverse Unterschriften zur Unterstützung der „Volksinitiative gegen Rüstungsexporte“ gesammelt werden. Das macht uns Mut für weitere Aktionen in anderen Stadtteilen und Bezirken Hamburgs.

## **13.6.: 105 WilhelmsburgerInnen mit Schirm auf der Kornweide – schöne Aktion!**

Foto: Copyright Bündnis Verkehrswende Hamburg



## **Aufstände und Widerstände gegen Polizei am 29.05.2021 im Schanzenviertel - Polizeiregierung in Hamburg?**

Handelt es sich um eine hamburgische Polizeiregierung, die durch die Bürgerschaft legitimiert wurde seit Beginn der Coronakrise 2020? Die Inzidenzwerte sinken, die Impfzahlen steigen weiter an und jetzt sollen und werden erneute Verschärfungen in Kraft gesetzt in Hamburg. Die Polizei verbot das Feiern am 29.05.2021 entgegen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes aus Art.20 III GG und kennt kein Ermessen mehr, sondern es gibt nur noch Ermessensreduzierung auf null in Hamburg. Der Erste Bürgermeister Tschentscher begründete die neuen Verschärfungen am 01.06.2021 damit, dass es zu viele Partys und Feierlichkeiten gab und Abstände unterschritten wurden. Wenn die Inzidenzwerte sinken sind derartige polizeiliche Entscheidungen unrichtig. Ich beziehe mich auf meine bisherigen Texte. Wo führt das alles noch hin? Wir haben jetzt seit 2020 in Hamburg eine Polizeiregierung im Auftrag des Senates. Es ist doch ein wahres Wunder, dass bislang noch keine Menschen verschwanden und weggesperrt wurden ohne Richterurteil/ ohne rechtliches Gehör.

Wir sind nur kurz davor, dass das eines Tages passiert, wenn hier dem Senat und der Polizei Hamburg nicht bald einmal die Grenzen polizeilicher Gewalt als Exekutive aus Art.20 IV GG aufgezeigt werden. Es laufen ja zahlreiche Eilentscheidungen vor dem hamburgischen Verwaltungsgericht nach § 123 VwGO. Es ist jetzt an der Zeit, einen Polizeiuntersuchungsausschuss zu bilden in Hamburg; nach einer möglichen kleinen und großen Anfrage an die Bürgerschaft. Zudem sollte hierzu auch eine aktuelle Stunde in der Bürgerschaft eingeläutet werden. Der präsidiale Polizeiführungsapparat gehört somit auf den Prüfstand und es sind Polizeiführungskräfte, wie z.B. PolizeidirektorInnen durch einen Polizeiuntersuchungsausschuss zu überprüfen und ggf. in allen Polizeileitungsstäben auszutauschen.

Es dürfen nur solche PolizeibeamtInnen in Polizeivollzugsbereichen eingesetzt werden, die sensibilisiert sind für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aus dem Grundgesetz, insbesondere den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz aus Art.20 III GG. Seit 2020 scheint der im Führungszirkel der Polizei neuerdings ein Fremdwort geworden zu sein. Insbesondere in der Polizeiführung der Polizeischule und der Polizeihochschule ist zu überprüfen, ob den angehenden zukünftigen PolizeibeamtInnen dieser Grundsatz nahe gebracht wird.

Es sind dort nun dringend rechtliche und politische Schritte einzuleiten. Wo kommen wir da

eigentlich hin und wo wird das alles eines Tages wohl möglich noch hinführen? Es können hierdurch jederzeit Aufstände, Gewalttaten und randalierende Horden sich bilden, die dann regelmäßig Aktionen machen könnten, so dass alles außer Kontrolle gerät und die Polizei dann gar nichts mehr in den Griff bekommt. Die Coronabeschränkungen dürfen nicht erneut weiter verschärft werden, sondern gehören gelockert. Es ist zudem mit einer baldigen Herdenimmunität durch Impfungen gegen Corona zu rechnen. Wie die Unruhen vom 29.05.2021 in Hamburg zeigen, sind die Menschen nicht mehr bereit dazu, diese Beschränkungen dauerhaft hinzunehmen. Ein kleiner Funke genügt und die Flamme entzündet sich sehr schnell.

In was für einem System leben wir hier eigentlich? Inzwischen leben wir in einer polizeilich kontrollierten Stadt. Wir haben seit 2020 einen innerstaatlichen Notstand und müssen überlegen wie wir uns nach Art.20 IV GG dagegen wehren können, um die einst rechtsstaatliche Ordnung wie vor Corona wieder herstellen zu können. Gemäß Art. 20 IV GG hat jeder das Recht sich zu wehren gegen jene, die versuchen die rechtsstaatliche Ordnung zu beseitigen. Hierzu besteht noch reichlicher politischer Klärungsbedarf. Das sollte sich die LINKE nicht entgehen lassen, gerade in einem Superwahljahr 2021. Zumal ja 2021 auch unser Bundestagswahlkampf durch die Polizei unterbunden werden wird, sofern es öffentliche Wahlstände gäbe. Die öffentlichen Wahlstände sind zu ermöglichen, da es sich beim aktiven und passiven Wahlrecht um ein grundrechtsgleiches Recht handelt. Wir müssen nun wieder zur Demokratie und zum Rechtsstaat zurückkehren und gegen diesen seit 2020 installierten Polizeistaat Hamburg politisch vorgehen; von Anfragen an die Bürgerschaft bis hin zu einer aktuellen Stunde. 2021 ist ein Jahr des Wahlkampfes auf Bundes- und auch Landesebene. Inzwischen bilden sich zunehmend auch neben der AfD sogenannte Freie Wähler Bündnisse, die u.U. mit 5 % in die Parlamente einziehen können. Die Wahlkampflandschaft verändert sich weiter und es müssen zukünftig immer mehr Koalitionen geschlossen werden. Stabile Mehrheiten gehören der Vergangenheit an. **Roberto Perez Hagen**

*(zu vermeintlich „verbotenen“ Infoständen siehe S. 1 – red)*



## Termine in (und für) Mitte

### Hoffentlich wieder (fast) alles in Präsenz

#### Freitags, 17 – 18 Uhr:

**Mahnwache** der Ini Gedenkort Stadthaus, ebendort, Ecke Neuer Wall

#### Dienstag, 06.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus KIGV "Im Bauernfelde e.V."

#### Donnerstag, 08.07., 19:30 Uhr

Parteiöffentliche **Bezirksvorstandssitzung Online**, Link wird noch per Mail verschickt

#### Montag, 12.07., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik** Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

#### Mittwoch, 14.07., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**  
*real, Ort wird noch bekannt gegeben*

#### Dienstag, 20.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus KIGV "Im Bauernfelde e.V."

#### Mittwoch, 21.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg** GW, Hansaplatz 9

#### Mittwoch, 21.07., 19:00 Uhr

Die **Bo Hahobo** trifft sich nach Absprache. Kontakt: Sandra Clemens, Tel. 0160 97 96 96 27 (SMS oder What'sApp bevorzugt)

### August 2021

#### Dienstag, 03.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

#### Montag, 09.08., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik** Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

#### Donnerstag, 12.08., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt** Büro Billstedter Hauptstraße 76 (Auf Einladung Mehmet Yildiz)

#### Dienstag, 17.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

#### Mittwoch, 18.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg** GW, Hansaplatz 9

#### Mittwoch, 18.08., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde** Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache. Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck fremdes@gmx.de

**Regelmäßig Montag und Donnerstag**, jeweils von 13 bis 15 Uhr:  
**Sozialberatung** im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: [www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)

## Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

### Bezirksvorstand:

### Telefon

### Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	<a href="https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/">https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/</a>	
Im Netz:	<a href="http://www.die-linke-hamburg-mitte.de">http://www.die-linke-hamburg-mitte.de</a>	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmag)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

**Spendenkonto** DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX